

Ihr macht
alles kaputt
- uns nicht !

Vom Bürgerhaushalt [...] zum Föll-Haushalt
[...] die Stadt Stuttgart wollte mit Ihrem Doppelhaushalt 2012/2013 neue Wege gehen [...] ■ Seite 06

Wohnraumnot spitzt sich weiter zu
Der Wohnraum in Stuttgart bleibt knapp und umkämpft ■ Seite 11



© schaeferweltweit.de

Wir lernen im Vorwärtsgehen!

Interview mit Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker, geführt von der Stadt.Plan-Redaktion.

>> Peter Grohmann schreibt: „Die Fraktion der Abreißer hat in Stuttgart Tradition: Kronprinzenpalais, Gestapozentrale, Kaufhaus Schocken, Markthalle, Lusthaus und Altes Schauspiel: Was der Krieg nicht ganz schaffte, holten die Investoren nach, aber ab und an gelang es den Bürgerinnen und Bürger dennoch, ihnen in den Arm zu fallen. Gut so.“

Hannes Rockenbauch: Ja, wir sind auch nicht bereit, der Zerstörung des Bahnhofes und des Parks tatenlos zuzusehen. Wir sind Zeitzeugen dieser Zerstörungswut. Stück für Stück wird Stuttgarter Identität zerstört. Mehrheit ist nicht Wahrheit, wir haben bei der Volksabstimmung nicht über den roten oder blauen Anstrich eines Hauses abgestimmt. Der Bau des Tiefbahnhofes ist eine finanzielle und ökologische Katastrophe. Mit ihr können wir nicht leben wie mit blauer statt roter Farbe.

>> Aber Ministerpräsident Kretschmann hat dir doch persönlich gesagt:

„All diese Argumente haben die Menschen gewusst oder hätten sie wissen können und trotzdem haben sie mit NEIN gestimmt, und es gibt nun mal in der Demokratie kein Gesetz, das verbietet, für einen schlechten Bahnhof zu sein. Und ich als Ministerpräsident werde mich jetzt an dieses demokratische Votum halten.“

Hannes Rockenbauch: Diese Argumentation dokumentiert eine erschreckende Prinzipienlosigkeit. „Die Leute“ wollen PS-starke und CO₂ schleudernde Autos fahren, egal, ob sie die Umwelt schädigen, also halte ich mich an das Votum und katzbuckle vor Daimler. „Die

Leute“ wollen auch viel Fleisch essen, billig in den Urlaub fliegen. Hallo MP Kretschmann, was ist da noch „grün“? Wollten die GRÜNEN nicht gerade „die Leute“ aufklären über andere Verkehrskonzepte, eine bessere Ernährung, über den Umweltschutz? Jetzt, wo es in den Macherhalt passt, wird die Unterwerfung unter die Interessen der Bahn und der Investoren mit „den Leuten“ legitimiert. Mit rückständigen Meinungen grüne Politik legitimieren, das ist schon heftig. Jetzt wird die Unterwerfung unter zerstörerische Kapitalinteressen auch noch zur Sternstunde der Demokratie umdefiniert. Aber was ist mit „den Leuten“, die | Seite 21



© Thomas Iglter/fluegel.tv

Hannes Rockenbauch (SÖS) ist Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE und einer der Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21.

Gangolf Stocker (SÖS) ist Stadtrat der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE und Sprecher der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart - kein Stuttgart 21“.

I von Seite 1 | sie gewählt haben? Vielleicht zum letzten Mal?

Gangolf Stocker: Das alles ist doppelt heuchlerisch: Denn was hat Winfried Kretschmann denn getan, um die Leute aufzuklären? Es war versprochen, dass vor der Volksabstimmung alle Kosten auf den Tisch kommen, eine vollständige Transparenz über den Stresstest und die Leistungsfähigkeit des Kopfbahnhofes hergestellt wird, die 121 Risiken geklärt werden. Das wurde nicht gemacht. Kretschmann hat mir zur verstehen gegeben, dass sich die Landesregierung aus dem ungleichen Wahlkampf heraushält. Er hat aber die Botschaft ins Land gesandt, er anerkenne das Ergebnis des so genannten Stresstestes und setze auf jeden Fall nach der Volksabstimmung das Baurecht durch - mit Beifall der CDU.

>> Das Buch „Das große Unbehagen“ analysiert den S21-Widerstand und stellt fest: „Statt eine Fundamentallopposition zu sein, erfüllen die Grünen die Aufgabe aller institutionskonformen Oppositionen: die mögliche Rebellion zur Ordnung zu rufen und in die Ordnung zurückzuholen. Wie vormals die Sozialdemokratie.“

Gangolf Stocker: Wir sollten nicht pau-

schalisieren. Die GRÜNEN waren eine treibende Kraft im Widerstand, jetzt sind ein paar Spitzenleute eingeknickt. Dass wir keine Mehrheit erreicht haben, liegt an der Desinformationskampagne, die die vereinten Tunnelparteien CDU/SPD/FDP gemacht haben. Wahlkampf führen, können sie in bewährtem Stil: Vor den Wahlen wird gelogen, nachher kommt das Zahlen. Die 1,5 Milliarden-Lüge, die Arbeitsplatzlüge, die Stillstandslüge, darauf sind viele hereingefallen. Das war mentaler Wahlbetrug und das Ergebnis kein guter Tag für die Demokratie. Tausende, auch die, die mit NEIN gestimmt haben, wollen aber keine Verschleuderung von Geldern, keinen Rückbau des Eisenbahnverkehrs. Aber genau das ist geplant. Die Zeche zahlen wir alle, finanziell und ökologisch.

Hannes Rockenbauch: Eine Woche nach der Abstimmung verkündete Grube, der Kostendeckel könne nicht gehalten werden, zwei Wochen später wird zugegeben, dass wichtige Nahverkehrs-Bahnstrecken nicht gebaut werden, vier Wochen später verkündet Ramsauer nicht etwa, dass der Güterverkehr der Bahn ausgebaut wird, sondern dass Großversuche mit Gigaliniern zugelassen werden. Die Autoindustrie jubelt. Was ist daran demokratisch,

wenn man sich mit Lügen eine Mehrheit verschafft?

>> Gut, aber die Volksabstimmung hat formal legitimiert, dass die Landesregierung Stuttgart 21 mitfinanziert.

Gangolf Stocker: Bei Mappus und Gönnern waren wir auf uns selbst gestellt, jetzt sind wir es wieder. Die GRÜNEN-Spitze hat für klare Verhältnisse gesorgt, die GRÜNEN-Basis muss sich entscheiden. Wir haben eine starke Legitimation für den weiteren Widerstand: 1.507.961 JA-Stimmen, also 41,1 Prozent (19,8 % der Wahlberechtigten, d. Red.), stehen hinter uns. Und da sollen wir jetzt schweigen? Die SPD hatte gerade mal 9,7 % der Wählerstimmen bei den Landtagswahlen bekommen, da müssten Schmiedel und Schmid mehr als Schweigen.

Hannes Rockenbauch: Wir müssen uns darauf einstellen, dass Kretschmann nichts tut, um die Geisterbahnfahrt der Bahn zu stoppen, er hat sogar das Steuer übernommen. „Kritisch konstruktiv begleiten“ ist doch nur eine Worthülse für Zustimmung. Er stimmt zu, ohne dass er weiß, ob Stuttgart 21 überhaupt funktioniert und was es kostet. Er stimmt zu, dass der Südflügel und | Seite 3 |

Die Zeltstadt im Park - Schandfleck oder Heldenort?

Die Rodung des mittleren Stadtgartens ist ein Akt der Barbarei. Zum jetzigen Zeitpunkt zudem kropfunntig. „Aber - die Zelte im Park - das ist auch nicht schön. Das verschreckt doch die Leute, damit tun sich die S21-Gegner keinen Gefallen.“ Wer kennt solche Kommentare nicht? Und wer von den Stimmen des Protests - Aktionsbündnis, Parkschützer oder prominente S21-Gegner, widerspricht hier vernehmbar?

Erinnern wir uns: am 30. September 2010, vor anderthalb Jahren, wollte die Bahn den Park räumen und roden. Das ist zwar nicht gelungen, durch den Polizeieinsatz (und die Großdemonstrationen danach) war die Rasenfläche aber zerstört. Anstatt neuen Rasen einzusäen, entfernte die Stadtverwaltung Müll-eimer. Rasen- und Baumpflege werden seither gegen bürokratische Widerstände von Stadt und Land von Privatper-

sonen geleistet. Ebenso die Müllbeseitigung. Während Obdachlose aus Fußgängerzonen vertrieben werden, sind Fälle bekannt, wo Hilfe suchenden Obdachlosen von offiziellen Stellen vorgeschlagen wurde, doch im Park zu campieren.

Niemand will das Zeltendorf zum Wettbewerb „unser Dorf soll schöner werden“ nominieren. Hier geht es nicht um Vorgartenromantik, sondern um Widerstand. Die einzige Alternative zum besetzten Park mit Zelten ist die Baugrube. Abgesperrt mit einem Bauzaun, dahinter im Winter Schlamm, im Sommer Staub und bald der Lärm von Baumaschinen. Aufenthalt und Durchgang sind durch die Allgemeinverfügung der Stadt an sich schon jetzt verboten. Die Landnahme im mittleren Schlossgarten war der wirksamste Schutz unseres Parks. Öffentlicher Raum darf ruhig bespielt werden. Das braucht uns S21-Gegnern nicht peinlich sein. Eher sollten wir den Bewohnern der Zelte Respekt und Anerkennung zollen, dass sie gegen alle Widerstände so lange (und so „ordentlich!“) durchgehalten haben. Also Gegenfrage: Wie schön ist der Park als Baugrube ohne Zelte und Bäume? ■ | krj



© schaeferweltweit.de

! von Seite 21 die Bäume jetzt schon fallen. Wenn einer so geisterfährt, muss er sich nicht wundern, wenn ihm Tausende entgegenkommen und ein Zusammenstoß droht. Es ist deswegen jetzt unsere Aufgabe, wenn diese Landesregierung uns im Stich lässt, weiter zum Schutz dieses Landes, zum Wohle dieser Stadt dieses Projekt zu verhindern, und das müssen wir nun mal selber machen. Wenn wir OBEN BLEIBEN gesagt haben, dann haben wir nicht gemeint OBEN BLEIBEN an der Regierung und das um jeden Preis, sondern da haben wir gemeint, wir wollen diesen Tunnelbahnhof nicht.

>> MP Kretschmann vertritt, so hören wir, er könne das Grün-Rote Projekt und seine Reformvorhaben wie die Energiewende oder die Schulreform nicht wegen eines Bahnhofes gefährden.

Hannes Rockenbauch: Es geht doch um mehr. Hier wird eine Bürgerbewegung klein gemacht, unserer Jugend wird beigebracht: Du kannst nichts machen, Argumente zählen nichts, das Kapital und seine Lügenmaschinerie setzen sich eh durch. Wer Geld und Macht hat, bestimmt, wo es lang geht. Willst Du Erfolg im Leben, dann musst du auch so werden. Diese Lektionen in Staatsbürgerkunde sind für die Demokratie und den Fortschritt verheerend, denn jeder Fortschritt braucht den denkenden Bürger und den Bürgerprotest, denken wir nur an die AKW-Bewegung, denken wir an die Freiheitsbewegungen im Nahen Osten. Mit dem, was jetzt in Stuttgart abgeht, soll der demokratischen Bewegung das Rückgrat gebrochen werden, schon deshalb wollen Merkel und die Mächtigen den Tiefbahnhof durchsetzen. Stuttgart darf nicht Schule machen. Wie kann man diese lang geplante Strategie als „Sternstunde der Demokratie“ verkaufen, ist das nicht zynisch?

>> Moment mal, willst du jetzt etwa in Frage stellen, dass die erste Volksabstimmung in Baden-Württemberg ein Fortschritt ist. Wir haben doch auch immer eine direkte Abstimmung gefordert.

Hannes Rockenbauch: Ja eine Abstimmung schon, aber nicht so eine. Wir wollten eine Abstimmung über echte, transparente Alternativen und nicht eine Abstimmung über die Finanzierung eines einzigen Projektes, das über 16 Jahre an den Menschen vorbei mit Lug und Trug geplant wurde. Für direkte demokratische Entscheidungen über große Bauprojekte ist es unerlässlich, dass die Bürgerinnen und Bürger über Alternativen abstimmen. Es geht ja nicht darum, dafür oder gegen etwas zu sein, sondern um die Frage, wie wollt ihr eure Zukunft? Ich sehe einen

Hauptkritikpunkt an der jetzigen Abstimmung genau darin, dass es um JA oder NEIN ging, eigentlich hätte es um S21 oder K21 bzw. K20 gehen müssen. So hat man es Grube-Bahn und Tunnelparteien doch erst möglich gemacht, dass alle über Ausstiegskosten geredet haben, statt darüber, welches das bessere Projekt ist. Da macht es mich schon zornig, wenn man so was als Sieg der Demokratie feiert.

Gangolf Stocker: Ja, wir befinden uns zwischen Frust und Wut. Nicht einmal Stuttgart 21 Plus wird von der Landesregierung mehr gefordert. Aber ein falsches Projekt wird scheitern, ich zitiere Wilfried Kretschmann auf der 39. Montagsdemo am 16.08.2010: „Wir stehen hier auf dem Platz, wo die Verantwortlichen für Stuttgart 21 rücksichtslos versuchen Fakten zu schaffen. Mit Baggern und Abrissbirne soll in den nächsten Monaten ein Milliardengrab geschaufelt und Stuttgart 21 unumkehrbar gemacht werden. Wir kämpfen erbittert dagegen ... weil dieses Projekt eine Reichweite von mindestens 20 Jahren haben wird und in ganz dramatischer Weise die Verkehrspolitik, die Finanzen und die Politik insgesamt in eine falsche Richtung lenken wird.“ Und für diese, ich zitiere „dramatische falsche Richtung“ übernimmt jetzt Kretschmann die Verantwortung! Warum lässt er sich so vorführen? Das Projekt Stuttgart 21 und seine alten und neuen Träger werden scheitern, aber bis dahin viel Unheil anrichten. Das mit ansehen zu müssen, macht mich wütend und viele auch ohnmächtig.

>> Ohne Macht? Der Stuttgarter Protest hatte Macht, er hat bis heute den Bau verzögert, fast alle Fakten auf den Tisch gebracht, Mappus gestürzt.

Hannes Rockenbauch: Deswegen müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen. Einerseits müssen wir die Lektion verdauen: Die Gegenseite ist konsequent skrupellos, Argumente zählen nichts. Geschickt haben sie Schlichtung und Volksabstimmung zur Dämpfung des Widerstandes eingesetzt. Wir haben hundertausende Bürger, die wissen, warum dieses Projekt Murks ist, die aber vorübergehend den Mut verloren haben. Auf der Straße ist jetzt ein harter Kern, der auch 2009 den Protest gebildet hat. Kann er wieder zu einer Kraft wachsen, die dieses Projekt zu Fall bringt? Wir müssen jetzt geduldig auf drei Ebenen, dort wo unsere Stärken liegen, weiterarbeiten: Unsere Fachleute, die Architekten, Ingenieure, Juristen müssen mit ihrer Kritik am Ball bleiben. Die Protestbewegung muss an den Baustellen besonnene Präsenz zeigen und dokumentieren: Es kann nur unter Polizeischutz gebaut werden. Die sozialen Bewegungen in der Stadt werden



ständig aufdecken, wie auf unsere Kosten die Gelder am Bahnhof vergraben werden. Diese sozialen Bewegungen, die Forderungen der vielen Bürgerinitiativen zu unterstützen, darin sehe ich auch meine Rolle als SÖS-Stadtrat. 47 % der Stuttgarter haben gegen Stuttgart 21 gestimmt, diese gesplante Stadt wird nicht zur Ruhe kommen.

Gangolf Stocker: Wie will der nächste Oberbürgermeister diese Stadt versöhnen? „Bauen statt weiterärgern“ war die Parole der Befürworter. Doch der Ärger fängt mit dem Bauen erst an und wird steigen. Natürlich soll und wird der Bahnhof zwischen 6,5 und 10 Milliarden Euro kosten, das ist doch fest eingepplant. Die Banken wissen, dass der Staat gezwungenermaßen die Zeche zahlt. Natürlich steigt bei dieser Verkehrsplanung das Chaos auf den Straßen, steigt die Umweltverschmutzung, MP Kretschmann hat das selbst prophezeit. Natürlich werden die Wohnungs- und Mietpreise im Rosensteinviertel unerschwinglich sein. Die Stuttgarter CDU ist konsequent. Sie liebäugelt mit einem Werbefachmann als OB-Kandidat. Der neue Oberbürgermeister soll wohl ein Handwerk beherrschen: das schlechte Produkt Tiefbahnhof schön reden können, er soll den Murks parfümieren. Sein Pech: es gibt zu viele kluge Leute in Stuttgart, und die müssen und werden zusammenbleiben.

Hannes Rockenbauch: Wir haben die Verantwortung für diese Stadt, deshalb machen wir weiter. Die Netzwerke, die jetzt entstanden sind, die die Stadt verändert haben, müssen weiterarbeiten. Sie werden gebraucht, weil sich der Widerstand nach der Verarbeitung scheinbarer Niederlagen erholen wird. Es sind nicht nur Niederlagen, sondern auch Lektionen. Wir haben Geschichte gemacht, warum sollen wir damit aufhören? Wir lernen im Vorwärtsgen. ■



© schaeferweltweit.de

Schutzpatron Kretschmann

Ministerpräsident Kretschmann hat gesagt, er müsse drei Dinge schützen: das Baurecht der Bahn, das Demonstrationsrecht und die Sicherheit der Polizei.

Erklärung für die vielen evangelischen Berufsprotestanten in Stuttgart: Ein Schutzpatron ist bei den Katholiken, in deren ZK Kretschmann Mitglied ist, im allgemeinen auf ein Schutzgebiet spezialisiert, wie zum Beispiel der heilige Christophorus für die Reisenden. Ein Beispiel: Die Kirchengemeinde fährt im Bus nach Andechs zur Wallfahrt. Im Bus macht man eine Fürbitte nach einem alten Ritual. Der Pfarrer spricht vor: „Heiliger Christophorus, wir fahren nach Andechs, lass uns ohne Unfall ankommen. Heiliger Christophorus, bitt für uns.“ Die Gemeinde bekräftigt: „Heiliger Christophorus, erhöhe uns.“ Das beruhigt, macht sicher und die Katholiken freuen sich auf die erste Halbe in Andechs. Und der Schutzpatron, sozusagen der Sachbearbeiter für dieses Gebiet, trägt dies dann bei Gottvater vor. Und der beauftragt Schutzengel, die Gemeinde auf der Fahrt zu begleiten.

Bei gleich drei Schutzgebieten, die sich nun Kretschmann vornimmt, steht er in der Anwartschaft auf eine

posthume Heiligsprechung. Wenn es die Demonstranten zu weit treiben, hat er ihnen eine Zuflucht zur Buße in Gefängniscontainern auf dem Wasen bauen lassen, man hört: beheizt und mit einem Bild der Schutzpatronin der unschuldig Verfolgten, der heiligen Elisabeth, an der Wand. Heilige Elisabeth, bitt für uns.

Wenn es die Polizisten zu weit treiben, lässt er sie vom Staatsanwalt Häussler freisprechen, damit keine Sünden nachbleiben. Der Schutzpatron der Bundespolizei, der Erzengel Michael, hält seine Hand darüber. Erzengel Michael, bitt für uns. Und damit die Bahn nichts Unrechtes tut, zündet Kretschmann für den Schutzheiligen der Bahn, den Aloisius von Gonzaga daheim in Sigmaringen eine Kerze an und betet einen Rosenkranz mit der Fürbitte: Heiliger Aloisius, bitt für uns, damit Bruder Grube mit der Polizei das Baurecht achtsam durchsetzt.

Wer schützt aber nun die Umwelt vor den Zerstörungen durch Stuttgart 21, und wer schützt den Steuerzahler vor den sicheren Milliardenforderungen der Bahn? Einen Schutzpatron für die Umwelt und betrogene Steuerzahler gibt es in der katholischen Kirche nicht. Dafür gibt es keinen Sachbe-

arbeiter im Himmel. Kretschmann sind die Hände gebunden. Vielleicht klärt er dies bei seiner nächsten Audienz beim Papst. Inzwischen müssen wir uns selber helfen und weiter demonstrieren. ■ |hpl



© schaeferweltweit.de

Was kommt nach OB Schuster?

Reingelegt - Mission erfüllt - ich mach mich vom Acker

Der Brief von Oberbürgermeister Wolfgang Schuster zur Volksabstimmung symbolisiert sein Vermächtnis: ein demagogisches Lügenblatt, 130 000 Euro verschleudert. 47 Prozent haben ihm trotzdem nicht geglaubt. OB Schuster hinterlässt uns Stuttgart 21, marode Schulen, 4600 fehlende Krippenplätze, protestierende Eltern. Wie uns die Kinderbeauftragte Frau Wenzel nun verrät, war das kinderfreundliche Stuttgart ein Werbegag, ausgedacht vom angedachten CDU OB-Kandidaten und Werbeprofi Sebastian Turner: „Wenn der Erfinder vom kinderfreundlichen Stuttgart nach Stuttgart kommt, ist das eine tolle Nachricht für alle Kinder in Stuttgart.“ (StN, 23.01.2012) Man muss das drei-

mal lesen: die Politik für Kinder wurde „erfunden“. Schlechte Politik noch besser verpacken, das scheint die CDU weiter zu planen. Nur so erklärt es sich, dass die CDU einen Werbefachmann in den Kandidaten-Check aufnimmt. Bürgerliche Politik war schon immer die Kunst, Kapitalinteressen zu dienen und sie dem Volk als den schönen Schein des Fortschritts zu verkaufen. Die „Kunst“, Stadtzerstörung als Stadtentwicklung zu verkaufen – dazu lieferten bisher Werbeagenturen die Phrasen und Hochglanzbroschüren. Warum dann nicht die Stadt gleich von einer Werbeagentur lenken lassen, hat sich CDU-Kaufmann gedacht und die Substanz der CDU-Politik offen gelegt. ■ |hpl



© ddp images GmbH

Wenn's mal wieder teurer wird

Groß war die Freude, als im Oktober die neue Bibliothek eröffnet wurde. Verdoppelung der Fläche, neue Medien, Platz für Veranstaltungen - ein neues geistiges und kulturelles Zentrum für die Stadt. Die inneren Werte der neuen Bibliothek sollten das „besondere“ äußere Erscheinungsbild des so genannten Bücherknasts ausgleichen. Im Architektenwettbewerb hatte sich

der Entwurf noch als glänzender Würfel aus einem 1.200 Quadratmeter großen und 15 cm tiefen Wasserbassin erhoben. Dieses Wasserbecken konnte wegen „technischer Probleme“ dann nicht gebaut werden. Tatsächlich hat schlicht das Geld gefehlt. Aus Geldmangel wurde später auch ein dritter Aufzug eingespart. Die Folge: Bis zu 15 Minuten Wartezeit für die Fahrt in den siebten Stock der neuen Bücherei. Die

Umnutzung des Lastenaufzugs für den Besucherverkehr brachte nur wenig Entlastung.

So geht's, wenn's mal wieder teurer wird. Gespart wird zuerst am äußeren Erscheinungsbild, dann an der Benutzerfreundlichkeit. Wir sind schon gespannt, wie sich ein anderes best-finanziertes Projekt in unmittelbarer Nähe entwickelt, wenn die Kosten der Planung davon laufen. ■ |krl



© schaeferweltweit.de

Vom Bürgerhaushalt - zum Parteienhaushalt - zum Föll-Haushalt

Bürgerbeteiligung! hört man allenthalben. Auch die Stadt Stuttgart wollte mit ihrem Doppelhaushalt 2012/2013 neue Wege gehen und die Bürger einbeziehen. Fast 9.000 Bürger haben sich im Internet registriert, um 2.000 Anträge vorzuschlagen und darüber abzustimmen. Die 100 Vorschläge mit den besten Bewertungen wurden mit Stellungnahmen der Stadtverwaltung veröffentlicht. Das war der Bürgerhaushalt.

Wir freuen uns über jedes Schrittlchen zu mehr Bürgerbeteiligung. Auch wenn die Schwächen dieses Versuchs offensichtlich waren: Die Vorschläge zum Bürgerhaushalt waren eine bunte Wunschliste. Auf den Spitzenplätzen landeten insbesondere Vorschläge von mehr oder weniger organisierten Lobbygruppen. Bei den Teilnehmern waren „bessere“ Stadtteile und „bildungsnahe“ Bevölkerungsschichten in der Überzahl.

Ernst gemeinte Bürgerbeteiligung muss auf die Bürger zugehen. Am Anfang steht nicht ein Wunschzettel, sondern eine Bestandsaufnahme. Was benötigen die Stadt und ihre Bürger, was wollen sie und welche Mittel stehen zur Verfügung? Das muss gemeinsam erarbeitet werden. Nicht in Internet-Abstimmungen mit „Daumen hoch“ oder „runter“. Sondern im Gespräch zwischen Menschen, die sich jeden Tag im Stadtteil begegnen.

... zum Parteienhaushalt

Die „richtigen“ Haushaltsberatungen der Gemeinderatsfraktionen begannen



© Antonio Landsberger

mit Lobeshymnen. Weiterer Schuldenabbau der Stadt, 150 Mio. Euro Investitionen in Schulsanierung, Rückkauf der LBBW-Wohnungen. Alles schien möglich. Finanzbürgermeister Föll schrieb alle Vorschläge der Fraktionen auf seine Liste. Die Vorschläge zur Einnahmesteigerung blieben allerdings ungehört: Erhöhung der Gewerbesteuer, Kulturförderabgabe („Bettensteuer“), Rückverkauf der Gäubahntrasse und der Gleisflächen an die Bahn.

... zum Föll-Haushalt

Zur 2. Lesung des Haushalts ließ Kämmerer Föll dann seine Bombe platzen. „Finanzplanung der Stadt aus dem Ruder gelaufen“. Die Ausgaben für 2012 und 2013 müssten um 100 Mio. Euro gekürzt werden, so Föll. Der

noch Wochen zuvor so (erfolg)reichen Stadt drohten plötzlich Bankrott und Zwangsverwaltung. Das hat gesessen. Sanierung Mineralbad Berg - vertagt, bis das angrenzende Grundstück an einen Investor verkauft ist (der dann natürlich den Bebauungsplan diktieren kann und wird). Schulsanierung - auf Jahre gestreckt und zum großen Teil in den nächsten Haushalt verschoben (was dem Gemeinderat dann die Gestaltungsmöglichkeit nimmt). Sogar der katholische Stadtdekan forderte seine Kitas zum Protest im Gemeinderat auf. Was bleibt also übrig von den vielen Ideen und der Begeisterung, mit denen sich die Bürger am Haushalt beteiligen wollten? Was bleibt von der Arbeit des Gemeinderats, wenn selbst schon beschlossene Projekte schließlich aus dem Haushaltsplan fliegen? ■ |kr|

Hannes Rockenbauch kritisiert den Haushalt

Dieser Haushaltsentwurf liefert keine Antworten auf die eigentlichen Zukunftsfragen

Sprachlich überarbeiteter Auszug aus der Rede vor der 3. Lesung im Gemeinderat.

Erstens, wo überwinden wir mit diesem Haushalt die zunehmende soziale Spaltung in Stuttgart? Der Schuldenatlas, vor zwei Wochen neu vorgelegt, belegt, dass selbst bei allen Maßnahmen, die wir jetzt machen, die soziale Spaltung auch in Stuttgart weitergeht. Wo ist ein ehrgeiziges Programm der Stadträte, um gerade im sozialen Bereich einen Ausgleich zu schaffen? Eine gemeinsame Aktion der gesamten Stadtverwaltung wäre notwendig, um hier die Stadtteile vorwärts zu bringen. Wo sind die ernsthaften Antworten auf die Zukunftsthemen wie den demografischen Wandel?

Zweitens, wo stellt sich dieser Haushalt ernsthaft der Herausforderung, der Ressourcen- und Energieverschwendung ein Ende zu bereiten und mitzuhelfen, den Klimawandel so auf ein Maß zu reduzieren, dass er nicht unsere Lebensgrundlagen zerstört? Wo ist der Ehrgeiz an diese größte Menschheitsherausforderung heranzugehen? Wo macht sich Stuttgart auf den Weg z.B. zur CO₂-freien Stadt? Wo ist ein Verkehrskonzept, das es schafft, wirklich Verkehr und Verkehrsemissionen zu vermeiden? Fehlanzeige in diesem Haushalt.

Und **drittens**, und das wollten wir eigentlich in diesem Haushalt alle gemeinsam besser machen, wo sind die Antworten auf die Frage, wie es uns gelingt, in Zukunft die Haushaltsbe-

ratungen transparenter zu machen, zu demokratisieren und die Bürgerinnen und Bürger besser in diesen Prozess mit einzuschalten? Unser Antrag, diesen Bürgerhaushalt mit Bürgern und Experten jetzt schon gemeinsam weiterzuentwickeln und nicht einfach nur eine Fortsetzung in zwei Jahren zu den nächsten Haushaltsberatungen irgendwie zu planen, hat leider keine Mehrheit gefunden.

Nullverschuldung wäre möglich

Der heute zur Beratung stehende Haushalt ist kein guter Haushalt, er hat keine solide finanzielle Basis. Um auch in Zukunft als Stadt handlungsfähig zu sein, müssen wir zuallererst an die Ausgabenseite ran, |Seite 7|

von Seite 61 und zwar grundsätzlich. Das heißt nichts anderes, als dass wir uns endlich an die Fehlinvestitionen in diesem Haushalt heran wagen müssen. Es muss endlich Schluss sein mit dieser unsäglichen Beton- und Tunnelpolitik. Der Rosensteintunnel wurde bereits angesprochen. Ich muss natürlich was zu Stuttgart 21 sagen, weil das einen schon richtig wütend machen kann, was hier läuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen jetzt gar nicht buhen, jetzt hören Sie einfach mal zu, ich bin mir sicher, Sie können dabei noch was lernen und es lohnt sich sogar fürs Stadtsäckel. Nur kurz zu den 130.000 Euro, Herr Oberbürgermeister, die Sie da plötzlich für ihre Wahlpropaganda für Stuttgart 21 hatten. Ich weiß nicht, dieser Mann muss zu viel Geld haben. Aber lassen wir das, es wird nämlich noch schlimmer: in diesem Haushalt stehen dieses Jahr 3,4 Millionen Euro, nächstes Jahr 3,5 Millionen Euro für Stuttgart 21. Und dann kommt noch der jährliche 4 Millionen Euro Beitrag an die Bahn AG dazu. Dieser wird aus einer Rücklage von 186 Millionen Euro finanziert, dieses Geld liegt auf dem Konto der Stadt Stuttgart. Während die Mehrheiten in diesem Haus um Verständnis betteln, dass sie kaum Geld für sinnvolle Investitionen in Soziales und in Bildung und Kultur leisten, werden hier die Millionen gebunkert und verpulvert. Mit dem Verzicht auf Stuttgart 21 könnten wir endlich die dubiosen Grundstücksgeschäfte mit der Bahn AG rückabwickeln. Dies würde auf einen Schlag 500 bis 600 Millionen Euro für unseren Haushalt bedeuten, je nach dem, wie viel städtebauliche Entwicklungen wir auf den C-Gebieten machen wollen. Damit man mal ein Gefühl bekommt, über welche Dimensionen wir reden: mit den 800 Millionen Euro städtischen Geldes, die in Stuttgart 21 stecken, könnten wir die kompletten geplanten Schulden bis 2016, das sind fast 600 Millionen Euro, vermeiden. Nullverschuldung, liebe Tunnelparteien, Nullverschuldung! Sie müssen sich mal überlegen, das spart uns jedes Jahr zweistellige Millionenbeträge an Zinsen und Tilgungen. Und wir hätten dann immer noch 200 Millionen Euro übrig und könnten uns wirklich unseren Zusagen, dem Bürgerbegehren und dem Rückkauf unserer Wasserversorgung widmen. Alles kein Problem, man muss es nur wollen. Sie, liebe Tunnelparteien, sollten da schon Klartext reden, ob sie Stuttgart 21 oder eben z.B. Schulsanierung wollen. Oder eben Schulden ohne Ende. Das ist im Endeffekt ihre Entscheidung, ihrer Verantwortung. Die kann ich ihnen nicht abnehmen.

Aber zumindest, und das ist dann völlig unverständlich, müsste man in diesem Haushalt die Gäubahn-Geschichte rück-

Wie der Haushalt zu Ende ging ...

Auch nach einer hart umkämpften 3. Lesung war der von der Mehrheit verabschiedete Haushalt nicht in der Lage, trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen z.B. im Schul- und Kita-Bereich, die aufgeworfenen Zukunftsfragen zu beantworten. Eine Abkehr der alten Beton- und Tunnelpolitik ist weiterhin nicht zu erkennen. Ein Haushalt, der Millionen für Stuttgart 21 verschwendet, und dem gleichzeitig Geld fehlt, für wichtige soziale, ökologische und kulturelle Projekte, wie z.B. einem neuen Kommunalen Kino, ist kein guter Haushalt. Aber ein Haushalt, der gleichzeitig die Schulden der Stadt vervierfacht

und wichtige Investitionen in Schulen und Kitas so strecken muss, dass in den kommenden Jahren keinerlei finanzielle Spielräume mehr bleiben, ist schlicht ein schlechter Haushalt.

Auch wenn wir viele unserer über 90 Haushaltsanträge umsetzen konnten, lehnte die Mehrheit der Fraktionsgemeinschaft, aus dieser grundsätzlichen Kritik heraus, den Haushalt 2012/13 ab. Ja, Sie haben richtig gelesen „mehrheitlich“ und darauf sind wir stolz, denn in unserer Fraktion gibt es keinen Fraktionszwang. Deswegen gehört es auch zur ganzen Geschichte, dass Frau Stadträtin Ulrike Küstler (Linke) dem Haushalt zustimmen konnte. ■

abwickeln. Das ist ein Versprechen aus dem Faktencheck und trotzdem passiert nichts. Die 10 Millionen Euro könnten wir wunderbar brauchen, um das Mineralbad Berg nicht aus dieser Finanzplanung herausfallen lassen zu müssen.

Großbetriebe werden geschont

Das Ganze war jetzt nur die Ausgabenseite. Wir als Fraktion sagen auch ehrlich, man hätte sich von Anfang an bei dieser Haushaltslage die Einnahmenseite anschauen müssen. Leider hat diesem Gemeinderat der Mut gefehlt, hier unserem Antrag auf eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer Folge zu leisten. Man hätte sich jetzt ein Beispiel an Mannheim nehmen können. Wir sind der Meinung, das ist machbar. Den Hauptbatzen zahlen eh die Großen, das geht nicht auf den Mittelstand, das geht nicht auf die Kleinen. Alle profitieren in dieser Stadt davon, wenn wir dauerhaft eine gute Bildung, eine gute kulturelle Infrastruktur haben. Davon profitieren auch alle Betriebe hier. Eigentlich haben wir keine andere Wahl, oder wie wollen Sie allein die laufenden Kosten in der

Kinderbetreuung in Zukunft stemmen, wenn Sie hier nicht die Einnahmenseite unseres Haushaltes dauerhaft verbessern?

Wir haben es uns mit unseren Anträgen der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE wirklich nicht leicht gemacht, wir machen uns auch gern an bestimmter Stelle unbeliebt, aber enttäuscht muss ich feststellen, dass wir die einzige Fraktion sind, die bereit ist, ein solides Fundament zu gießen, aber nur so kann es gelingen nötige Gestaltungsspielräume für zukunfts-fähige Entwicklung offen zu halten. Wir werden als soziales und ökologisches Gewissen dieses Gemeinderats heute auch nicht ruhig sein und nicht schweigen. Deswegen werden wir einige unserer grundsätzlichen Anträge aufrufen, um heute noch mal an mehr Mut zu appellieren, hier diese Schritte und diese Zukunftsaufgaben anzunehmen. Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für diese arbeitsintensiven Zeiten und freuen uns jetzt auf die 3. Lesung. Vielen Dank. ■



© schaeferweltweit.de

Mittagessen an Stuttgarts Schulen - keine Selbstverständlichkeit!

In den letzten Monaten wurde von Eltern, Schulen, bei den Bezirksbeiräten, im Gemeinderat viel über die von der Firma GUS vorgelegte „Schulentwicklungsplanung“ diskutiert. Es gibt zu Recht die Kritik, dass die Meinung der Eltern nicht gefragt war und vor allem, dass hier nicht von einem pädagogischen Konzept ausgegangen wurde. Im Vordergrund bei dieser Planung steht die Frage: wie viele Schüler brauchen wie viele Schulräume? Merkwürdigerweise haben die „Raumplaner“ einen ganz wichtigen Raum vergessen: die Schulküche und Mensa! Oder liegt es in der Logik, wenn man gar nicht im Blick hat, was eine Schule leisten muss? Der Finanzbürgermeister Föll und sein OB haben jahrelang auf Kosten der Schüler, Eltern und Lehrer damit geprahlt, einen soliden Finanzhaushalt zu führen. Jetzt auf einmal, wo die Decke den Schülern schon buchstäblich auf den Kopf zu fallen droht, ist die Luftblase geplatzt: ein Sanierungsstau von 370 Millionen Euro muss geschultert werden. Deshalb ist es jetzt nicht besonders „lo-

benswert“, dass im Haushalt die Maßnahmen für die dringenden Sanierungen beschlossen wurden. Vielmehr stehen doch noch ganz andere wichtige Aufgaben an, wie der Ausbau von Ganztageschulen. Und dazu gehört auch die Versorgung der Schüler mit einem gesunden Mittagessen, das in der Schule gekocht wird und gemeinschaftlich in schönen Mensen eingenommen werden kann. Im Moment bieten von 72 Grund- und Hauptschulen 30 Schulen **täglich** ein warmes Mittagessen an. Dann gibt es Schulen, die nur an 4 Tagen Nachmittagsbetreuung und somit auch Mittagessen haben. Die Analyse „Schulverpflegung in Stuttgart“, die der Gemeinderat in 2010 erstellen ließ, kam zu dem Schluss: „Es wird kaum selber gekocht und das Essen kommt von sehr verschiedenen Anbietern“. (Da sind Catering-Firmen und Partyservice bis hin zu einem Altersheim dabei).

Eine Anregung für den Oberbürgermeister, der sich gerne mit dem Etikett der „kinderfreundlichen Stadt“ schmückt, ist

eine Empfehlung der „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“:

„Schulen sind ideale Orte, Kinder, Jugendliche, Lehrkräfte und Eltern in ihrem Gesundheitshandeln zu erreichen. Hier kann ihnen die Herkunft der Lebensmittel nahe gebracht werden. Aus geschmacklich angebrachten und dabei ausschließlich gesundheitsförderlichen Essensangeboten sollten die Kinder und Jugendlichen selbst wählen können. Idealerweise sind in Schulen fachliche Botschaften, z.B. im Unterricht, und alltägliche Erlebnisse von Lebensmittelangebot und -auswahl aufeinander abgestimmt. Die Essatmosphäre ist fröhlich, gemütlich und stressfrei. Beim Essen wird Zeit zum Genießen gelassen und es gibt Anreize für viel Bewegung. Qualitätsstandards und die Sicherstellung ihrer Umsetzung sind dabei Voraussetzungen eines optimalen Verpflegungsangebotes als Vorbild für nachhaltige Ernährungs- und Verbraucherbildung.“

■ |gv|

Das Bildungs- und Teilhabepaket

- mühsam zu bekommen, aber verbessert

W Weil die Kinderarmut in Deutschland immer mehr kritisiert wurde, wurde vor einem Jahr das „Bildungs- und Teilhabepaket“ für Kinder von Geringverdienern geschaffen. Wir haben im Stadt.Plan vom Mai 2011 Kritik an dem Verfahren geübt. In der Haushaltsdebatte im Gemeinderat wurden detaillierte Informationen dazu gegeben. Inzwischen gibt es ein paar Verbesserungen. Aber Schwachpunkte gibt es weiterhin. Hier ein paar Beispiele für beides.

Eine Verbesserung ist es schon, dass für Wohngeld- und Kinderzuschlagempfänger jetzt auch das Jobcenter zuständig ist und einheitliche Formulare benutzt werden. Aber Asylbewerberfamilien und Sozialhilfeempfänger müssen sich weiterhin an das Sozialamt wenden. Für Asylbewerber zahlt das Bundesministerium nicht!

Für Eltern mit Sprachschwierigkeiten war und ist das Ausfüllen der Anträge - für jedes Kind ein eigenes Formular - ohne Hilfe kaum zu schaffen. Deshalb haben zum Beispiel das Nürnberger Sozialamt und das Herforder Jobcenter Erklärungen auf türkisch, russisch usw. ins Internet gestellt. Die Stadt Stuttgart oder das Jobcenter haben das bis heute nicht fertig gebracht.

Für das School-Abo beträgt der Eigenanteil an den Kosten neuerdings einheitlich 12 Euro, für Nicht-ALGII-Empfänger war der Anteil zuvor höher, das wurde

verbessert.

Bis auf den Fahrgeldzuschuss werden alle Zuschüsse direkt an die Nachhilfe-Institutionen, Schulen, Kitas usw. bezahlt. Eine Überweisung direkt an die Eltern wird vermieden; diese könnten das Geld ja missbrauchen. Dadurch wird das Verfahren von vielen Gängen zu diesen Stellen abhängig. Überdies erfahren diese Institutionen, dass die Familien Geringverdiener sind. Muss das sein? Geblieben sind die Schwierigkeiten bei Nachhilfeleistungen, wie in der Gemeinderats-Info auch eingeräumt wird. In der Hinsicht ist das Gesetz eine Fehlkonstruktion, besser für alle wären kleinere Klassen!

Nachhilfe für ein Kind mit Lernschwierigkeiten: erst Hoffnung, dann Enttäuschung

„Mein Sohn ist in der 6. Klasse einer Realschule und hatte dringenden Bedarf an qualifizierter Nachhilfe, als die Antragsformulare im April verschickt wurden. Die Versetzung war gefährdet und mit Hartz IV-Einkommen sind über 100 Euro monatlich für ein Nachhilfe-Institut nicht drin. Erst mussten aber Unterlagen beigebracht werden. Der Lehrer musste den Bedarf und die Stundenzahl nennen, er kreuzte „nicht qualifizierte Kraft“ und 2 Stunden pro Woche an. Die Kosten bei der Schülerhilfe 90 Euro. An der psycho-

logischen Beratungsstelle des Staatlichen Schulamts habe ich weiter eine unterdurchschnittliche Leistung attestieren lassen, die mir Ende Mai dann schriftlich bestätigt wurde, leider mit dem Vermerk „Rechenschwäche“. Nachdem erst 5 Monate später beim Jobcenter eine Kraft angestellt wurde, diese Anträge zu bearbeiten, die sich schon zu einem Riesens Stapel angehäuft hatten, bekam ich nun am 20.09. endlich Bescheid: Die Leistung wird nicht bewilligt, da „Rechenschwäche“ ein Dauerzustand ist, für den es keine Förderung gibt.

Pech gehabt! Ich wusste nämlich nichts von diesen Bedingungen und habe meinen Sohn schon im Juli bei der Schülerhilfe teilnehmen lassen. 3 Wochen Ferienkurs hat er auch gemacht, und nun sind 3 Monate fällig, also ca. 400 Euro.“ Es gibt in den Förderbedingungen eine regelrechte Falle: ist das Kind nicht versetzungsgefährdet, gibt es keine Leistung. Ist ein Kind dann durchgefallen, wird im nächsten Jahr erst einmal nichts bezahlt, weil es nicht mehr als versetzungsgefährdet gesehen wird. Es kann erst im 2. Halbjahr die Unterstützung bekommen, dann reicht die Nachhilfe aber oft nicht mehr. Wegen der Bescheinigung „Rechenschwäche“ saßen Mutter und Kind stundenlang bei Ämtern herum, ohne irgendeinen Nutzen davon zu haben. Nun sitzt die Mutter auf den Kosten und soll sie aus ihrem |Seite 9|

| von Seite 8 | Hartz IV-Einkommen bezahlen.

30% der Kosten verschlingt die Verwaltung!

In Stuttgart sind insgesamt ca. 16.730 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leistungsberechtigt. Anträge gestellt wurden für etwa 11.600 Kinder, d.h. etwa 70% der Berechtigten haben Leistungen

bekommen. Das ist im bundesdeutschen Vergleich sehr gut - der Bundesdurchschnitt sind 45%, in Baden-Württemberg ist der Durchschnitt für 8 Stadtkreise 42% - aber es heißt: 30% der bedürftigen Kinder haben nichts von dem Angebot! Nach Aussagen im Bundestag verschlingt die Verwaltung für 2011 bundesweit 30% des Finanzvolumens (StZ 03.11.2011). Die Stadt Stuttgart musste extra für diese Aufgaben acht neue Stellen einrichten.

Gut, dass es die jetzt gibt, aber sollte das Geld nicht lieber den Kindern zukommen? Die Stadt wurde andererseits finanziell entlastet, da Leistungen, die bisher freiwillig von der Stadt gezahlt wurden, nun vom Bund kommen. Positiv ist, dass Stuttgart für BonusCard-Empfänger, die keinen Anspruch auf das Leistungspaket haben, weiter freiwillig zahlt. Das Gesetz insgesamt aber bleibt ein Herumdoktern an Symptomen. ■ |gm|

Mobilität - ist das Luxus?

Zum Haushalt 2012/13 des Gemeinderats hat die Fraktion SÖS und LINKE einen Antrag gestellt auf Aufstockung des Zuschusses für das VVS Ticket von BonusCard-berechtigten Erwachsenen. Konkret wird gefordert, dass die Stadt Stuttgart den Differenzbetrag zwischen dem Monats-Ticket-Preis und dem im Regelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr übernimmt, das heißt: Ein 2 Zonen VVS Umwelt-Ticket kostet 55,90 Euro. Im Hartz IV Regelsatz sind für Verkehr aber nur 22,90 Euro vorgesehen. Der Differenzbetrag ist also 33,00 Euro. Die Stadt bezahlt nur einen Zuschuss von 15,50 Euro. Will man den Differenzbetrag ausgleichen, bedeutet das: die Stadt müsste einen Zuschuss von 33,00 Euro pro BonusCard-Besitzer aufbringen. Das wäre auf jeden Fall eine Erleichterung für alle diejenigen, die sowieso jeden Monat kaum mit den 374,00 Euro über die

Runden kommen. Andererseits stellt sich die Frage, was ist wenn man mal mehr als die 2 Zonen braucht? Hat z.B. eine Mutter nicht das Recht, am Wochenende mit ihrem Kind raus zu fahren, einen Ausflug zu machen? Das Budget ist aber dann schon aufgebraucht, das Geld muss vom Essen oder von der Kleidung abgeknappt werden. Es ist nicht das erste Mal, dass dieses Problem an den Gemeinderat heran getragen wird. In seiner Einladung an die Gemeinderäte zu einem Gespräch am 07.04.2011 schrieb der ver.di Erwerbslosentreff: „Wir möchten deshalb Ihnen die Gelegenheit geben, nicht über Schriftverkehr, sondern über das persönliche Gespräch das „Leben mit Hartz IV“ besser zu verstehen und vorausschauend auf die nächsten Haushaltsberatungen unsere Belange mehr zu berücksichtigen. Insbesondere liegt uns an einem Sozialticket ohne Zeitbegrenzung.“

Warum stößt das auf taube Ohren? Ist die Mehrheit des Gemeinderats so fern von der Realität? Weiß sie nicht, dass in den monatlichen Regelsätzen nach SGB II und SGB XII für Erwachsene nur 22,90 Euro für Verkehr vorgesehen sind?! Auch die Einschränkung, dass man mit dem Umweltticket nicht vor 9.00 Uhr fahren kann ist erschwerend. Es kann sein, dass Termine beim Jobcenter oder beim Arzt vor 9.00 Uhr stattfinden, also zusätzlich ein Einzelticket gelöst werden muss. Bei den Senioren-Tickets wurde die 9.00 Uhr Sperre aufgehoben, was zu einem Anstieg der Abonnements geführt hat. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und soziale Kontakte aufrecht halten zu können. Deshalb ist es ein dringendes Anliegen, dass der Gemeinderat allen Bürgern mit geringem Einkommen diese Möglichkeit einräumt! ■ |gv|

Chris

Rechts und links Polizeibeamte, in der Mitte ein junger Mann mit Handschellen gefesselt. So betritt die Gruppe den Gerichtssaal.

Wir sind nicht in einem amerikanischen Film. Wir sind in Stuttgart in der Hauffstraße 5, beim Amtsgericht am 2. September 2011. Der junge Mann ist Chris, ein Antifaschist, Geschäftsführer des Lilo Herrmann Zentrums in der Böblinger Straße.

Am Morgen des 4. August wurde Chris auf dem Weg zum Bäcker festgenommen, seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Begründung: es bestünde Fluchtgefahr, da soziale Bindungen fehlen. Die Familie von Chris und seine Freunde sitzen im Gerichtssaal in der ersten Reihe. Um welches „Verbrechen“ geht es?

Chris war dabei, als in den ersten Junitagen Antifaschisten gegen ein so genanntes Islamkritisches Wochenende protestierten. Um die Kundgebung, die für den Sonntag um 16 Uhr auf dem Schlossplatz geplant war, zu verhindern, besetzten elf junge Antifaschisten das Podium. Schlagstöcke, Pfefferspray, Festnahmen, vier der „Beset-

zer“ müssen im Krankenhaus behandelt werden. Zwölf weitere, die vor der Bühne standen, erleiden Verletzungen.

Erstaunlich ist am ersten Prozesstag der Umgang mit dem vorwiegend jungen Publikum. Als die Richterin eintritt, fühlt sich niemand bemüßigt aufzustehen, es wird auch nicht angemahnt, wie das sonst üblich ist. Als Chris reingeführt wird, springen alle auf, begrüßen ihn mit großem Applaus und mit „Es lebe der antifaschistische Widerstand“ usw. Während des Prozesses weiter uneingeschüchtern Stimmung, Klatschen und Missfallensäußerungen.

Der zweite Prozesstag, der 16. September: Die gleiche Richterin, der Staatsanwalt ist ausgewechselt. Wer sitzt an seinem Platz? Es ist Oberstaatsanwalt Häussler. Entgeistert, wie wenig Respekt dem „Hohen Gericht“ gezollt wird, schaut er immer wieder die Richterin an, sein Blick wird streng, er schafft es sie einzuschüchtern, beantragt Bußgeld für weitere Äußerungen des Publikums und zu guter Letzt lässt er den Saal räumen. Plädiert hatte er für eine Haftstrafe von 10 bis 12 Monaten ohne

Bewährung. Wir sind sprachlos. Der Verteidiger von Chris fordert Freispruch und Haftentschädigung für die Untersuchungshaft. Chris hat das Schlusswort. Er begründet ausführlich die antifaschistischen Aktionen des Wochenendes. Er zeigt, welch rassistisches und völkerverhetzendes Gedankengut von den „Islamkritikern“ verbreitet wird. Und dann sagt er: „Und übrigens Herr Oberstaatsanwalt Häussler, weiß man von Ihnen, dass Sie seit Jahren einen Prozess verschleppen gegen SS-Leute, die in einem italienischen Dorf ein Massaker angerichtet haben und schon längst von italienischen Gerichten verurteilt sind.“ Das Urteil der Richterin: 11 Monate Gefängnisstrafe für Chris. Die Verteidigung hat Berufung eingelegt. Der Verhandlungstermin steht noch nicht fest. Wer Chris im Gefängnis besuchte, traf ihn mit Fußfesseln und in Gefängniskleidung. Am 19.12.2011 wurde Chris gegen Auflagen und Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen. ■ |lh|

„So hohe Strahlungswerte habe ich noch nirgendwo gemessen!“

Gutachter Dr. Peter Nießen, EMF-Institut, Köln

Im Stuttgarter Westen ist die Bürgerinitiative Mobilfunk aktiv. Nun ist eine Umwelt- Bombe geplatzt. Auf Grund der Proteste der Bürgerinitiative hat die evangelische Gesamtkirchengemeinde ein Institut beauftragt, die Strahlenbelastung um den Mobilfunkmasten in der Bismarckstraße 57 zu messen. An 13 Punkten wurde gemessen, ein 96-seitiges Messgutachten erstellt. Es deckt auf: Das Gebiet ist eine verstrahlte Zone mit Extremwerten. Auf Balkonen und in Wohnungen wurden Werte zwischen $430 \mu\text{Watt/m}^2$ und $440\,000 \mu\text{Watt/m}^2$ wurden gemessen, viele Messwerte liegen über $100.000 \mu\text{Watt/m}^2$. Zum Vergleich: Der BUND fordert die Einhaltung von $100 \mu\text{Watt/m}^2$ als Gefahrenabwehrstandard, in Wohnungen soll $1 \mu\text{Watt/m}^2$ nicht überschritten werden.

Was bedeuten diese Werte? Sie sind eine ernsthafte Gefährdung unserer Gesundheit. Die WHO hat diese Strahlung im Mai 2011 als möglicherweise krebserregend eingestuft. Aber nicht nur diese Langzeitwirkung ist alarmierend. Neue deutsche Studien zeigen unmittelbare Einflüsse auf die Gesundheit durch die gepulste Mikrowellen-Dauerdosis der Mobilfunkmasten.

Das vernichtende Urteil des deutschlandweit tätigen Gutachters: „Dass es sich hier um ungewöhnlich hohe Immissionen handelt, zeigen nicht nur viele vergleichbare Messungen des EMF-Institutes, bei denen in keinem Fall Immissionen in diese Höhe aufgetreten sind.“

Die Forderungen der Bürgerinitiative:

Dieser Mast muss sofort abgeschaltet werden. Dafür braucht es politischen Druck. Die evangelische Kirche will diesen Mast auch loswerden und hat deshalb einen Rechtsanwalt eingeschaltet.

Ist ganz Stuttgart verstrahlt? Nicht nur wegen der Topografie Stuttgarts vermuten wir, dass solche Verstrahlungswerte überall vorhanden sind. Die Bürgerinitiative fordert schon lange, dass ein Strahlenkataster von Stuttgart erstellt wird, doch Bürgermeister Hahn wiegelt bisher immer ab. Deshalb haben die GRÜNEN in den Haushaltsberatungen

den Antrag auf Gelder für die Erarbeitung eines Mobilfunkvorsorgekonzepts zur Minimierung der Strahlenbelastung gestellt. Die Fraktion SÖS und LINKE unterstützte ihn. Allen Gemeinderäten wurden von der Bürgerinitiative die skandalösen Ergebnisse des Gutachtens vor der Gemeinderatssitzung zugestellt. Die Verwaltung hatte den Antrag befürwortet. Auf Intervention von Bürgermeister Hahn wurde der Antrag abgelehnt. Es soll wohl verhindert werden, dass die Verstrahlungssituation und potentielle Gesundheitsgefährdung in Stuttgart auf die Tagesordnung kommen. ■ | Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West |



Protest mit Luftballons gegen einen Mobilfunkmasten in der Bebelstraße

Mobilfunkvorsorgekonzept:

Das wollten die GRÜNEN und SÖS und LINKE im Gemeinderat durchsetzen

1. Die Stadt Stuttgart erstellt auf Grundlage der bestehenden Senderstandorte ein Strahlenkataster über die von Mobilfunksendeanlagen ausgehende Strahlenbelastung im Stadtgebiet Stuttgart.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Mobilfunkvorsorgekonzept zur Eindämmung der unkontrolliert zunehmenden Strahlenbelastung zu erstellen.

3. Die Stadtverwaltung initiiert ein Modellprojekt zur Testung neuer Prinzipien der Mobilfunkversorgung in Großstädten nach dem Prinzip der „Strahlenminimierung durch Vergleichmäßigung“. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Projekt unter

Hinzuziehung geeigneter Institute zur technischen, wissenschaftlichen und juristischen Begleitung durchzuführen.

a. Hierfür wird ein geeigneter Stuttgarter Stadtteil ausgewählt.

b. Diese Auswahl erfolgt in Abstimmung mit den Verbänden und Initiativen, die sich im Bereich des Schutzes vor elektromagnetischer Strahlung in Stuttgart engagieren.

c. Im Zuge des Vorsorgekonzeptes erarbeiten die damit beauftragten Fachleute Vorschläge zu anzusetzenden Richtwerten für die Strahlenbelastung in Anlehnung an Modelle, die in anderen europäischen Ländern zur Minimierung erprobt und praktiziert werden. ■

Stuttgart – eine verstrahlte Zone?

Wir fordern sofortige Maßnahmen zur Strahlenminimierung.

Veranstaltung der Bürgerinitiative
Mobilfunk Stuttgart-West

Dienstag 20. März 2012, 19.30

Bürgerzentrum Stuttgart-West,
Bebelstraße 22,
70193 Stuttgart

Wohnraumnot spitzt sich weiter zu

Der Wohnraum in Stuttgart bleibt knapp und umkämpft. Es fehlen nach Schätzung des Statistischen Landesamtes 15.000 Wohnungen in der Landeshauptstadt. Die Bodenwerte steigen, die Mietpreisspirale dreht sich unaufhörlich weiter. Im Jahr 2010 stiegen die Mieten um 5,4 Prozent, im vergangenen Jahr um durchschnittlich 3,8 Prozent. Besonders hart trifft diese Entwicklung die Mieter im Altbau-Segment, das ca. 86 Prozent der Wohnungen in Stuttgart umfasst. Der Grund hierfür ist mitunter die energetische Sanierung, die zum einen eine wünschenswerte Sache ist, zum anderen jedoch auf die Miete umgelegt werden darf. Doch auch im Neubau werden horrend Preise verlangt. 16 Euro pro Quadratmeter sind die Regel. Besonders in den Innenstadtbezirken gibt es für Haushalte mit niedrigem Einkommen kaum noch geeigneten Wohnraum. Arbeitslose, Geringverdiener, aber auch Bezieher mittlerer Einkommen werden dadurch verdrängt. Die angespannte Situation spitzt sich durch mehrere Faktoren weiter zu. Durch den doppelten Abiturjahrgang erhöht sich die Zahl der Studierenden deutlich. Damit nimmt die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum weiter zu. Das treibt die Preise. Zum zweiten steigt die Zahl der Single-Haushalte an, gerade aufgrund der Demografie. Die dritte Entwicklung ist, dass der Sozialmietwohnraum stetig abnimmt. Über 400 Wohnungen fallen pro Jahr aus der

Sozialbindung und gehen in den normalen, nicht subventionierten Wohnungsmarkt über.

Es verwundert also nicht, dass die Zahl der Haushalte in der städtischen Notfallkartei deutlich angestiegen ist. Viele können sich die Wohnung aufgrund ihres geringen Einkommens nicht mehr leisten und werden mit Räumungsklagen angegangen. Nach der Notfallmeldung folgt eine bis zu 19 Monate andauernde Wartezeit, bis eine geeignete Wohnung vermittelt werden kann. Eine Tortur für die Betroffenen.

Der Wille auf lokaler Ebene, mehr geförderten Mietwohnraum zu errichten, um die Situation zu entspannen, ist nicht vorhanden. Stets flüchten sich politische Mehrheit und Verwaltung in die Aussage, es sei zu wenig geeignetes Bauland verfügbar. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE vertritt zur Lösung der Problematik daher folgende Positionen:

1. Städtische Flächen dürfen nicht verkauft werden. Umgekehrt soll die Stadt eine aktive Bodenpolitik betreiben und neue Flächen aufkaufen, insbesondere zur verträglichen Nachverdichtung. Über Erbbau können dann bezahlbare und sozial gebundene Wohnungen im ganzen Stadtgebiet entstehen und die soziale Durchmischung sichergestellt werden.

2. Die Stadt soll die Mittel für Sozialmietwohnungsbau deutlich aufstocken, so dass jährlich 500 Wohnungen

mit Sozialbindung entstehen. Angesichts der wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen und armen RentnerInnen ist dies ein notwendiger Schritt, um nur den Verlust an Sozialmietwohnungen aufzufangen. Zudem soll die Stadt Belegungsrechte für Notfälle ankaufen.

3. Es fehlt an barrierefreiem Wohnraum in der Stadt. Damit alte Menschen und Menschen mit Handicap nicht verdrängt werden, fordern wir, dass 30 Prozent des Wohnraums über das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell barrierefrei errichtet wird. Zudem soll ein eigener Fördertopf geschaffen werden, um Barrierefreiheit bei Bestandssanierungen attraktiv zu machen.

4. Damit die energetische Sanierung des Wohnraums nicht weiter die Mieten nach oben treibt, sollen die neuen Stadtwerke Stuttgarts so genannte Contracting-Maßnahmen anbieten. Das bedeutet, dass die Stadtwerke ein Gebäude energetisch sanieren und die Investitionskosten über einen variablen Zeitraum aus den eingesparten Energiekosten zurückfließen. ■ |col|

Mehr zum Thema „Sozialer Wohnungsbau ist keine Lösung“ in der nächsten Stadt.Plan-Ausgabe

LBBW-Wohnungen gegen Spekulanten verteidigen

Wer Christian Wulff heißt und Bundespräsident ist, der bekommt von der LBBW-Tochter BW-Bank ein Darlehen mit 0,9% bis 2,1% Zinsen. Wer Karl Meier heißt, Eisenbahner ist und am Nordbahnhof in einer der LBBW-Wohnungen wohnt, muss immer mehr für seine Miete bezahlen. Durch den geplanten Verkauf der LBBW-Wohnungen droht seine Wohnung zur fetten Beute von Spekulanten zu werden. Durch Stuttgart 21 wird das Eisenbahnerviertel hochinteressant für Immobilienspekulanten. Mehr als die Hälfte der 4.000 LBBW-Wohnungen in Stuttgart gehören zur Eisenbahnsiedlungsgesellschaft (ESG). Bei der Ausrichtung der Bahn auf Profitproduktion kamen die Dienstwohnungen genauso unter den Hammer wie das Gleisfeld und der funktionierende Kopfbahnhof durch Stuttgart 21. Im Jahr 2000 wurden die Eisenbahnerwohnungen privatisiert. 94,7% der ESG gehören heute der LBBW Immobilien

GmbH. Die LBBW gehört dem Land, der Stadt Stuttgart und anderen Kommunen. Vorstand und Aufsichtsrat agieren nicht anders als bei Privatbanken. Die Manager der LBBW-Bank haben durch riskante Finanzspekulationen Unsummen Verluste eingefahren. Trotz einer Razzia im Dezember 2009 und seither laufenden Ermittlungen sind sie weiter im Amt und werden von den Aufsichtsräten (u.a. Finanzminister Nils Schmid und OB Schuster) gedeckt. Die Milliarden, die der LBBW-Vorstand verzoockt hat, bezahlen nicht die reichen Kunden. Sie erhalten wie der Fall Wulff zeigt, weiter Vorzugskonditionen. Für die Zockerei der LBBW-Manager bezahlen wir Steuerzahler, die Beschäftigten der LBBW (2.500 Arbeitsplätze werden vernichtet) und die landesweit 21.500 Mieter der LBBW. Allein die Stadt Stuttgart hat 946 Millionen Steuergelder für die Spekulationsverluste an die Landesbank überwiesen. Wenn die Stadt jetzt als Beteiligte eines Konsortiums die LBBW-

Wohnungen kaufen will, muss sie noch mal mindestens 250 Millionen hinblättern. Beim Verkauf der Eisenbahnerwohnungen haben der damalige Bundesverkehrsminister Bodewig und die Bahn den Mietern das Blaue vom Himmel versprochen: Wohnrecht auf Lebenszeit, Begrenzung von Mieterhöhungen, keine Eigenbedarfskündigungen. Sämtliche Vergünstigungen wurden auch für „etwaige Rechtsnachfolger“ zugesagt. Durch den Weiterverkauf sind diese Rechte bedroht. Laut Stuttgarter Zeitung vom 30.12.2011 darf der neue Eigentümer Wohnungen nach Belieben weiterverkaufen und für Mieten verlangen, was der Markt hergibt. Wenn das Nordbahnhofviertel für Wohnungsspekulation frei gegeben wird, dann können uns Schuster und Föll nicht länger erzählen, dass im geplanten Rosensteinviertel bezahlbare Wohnungen für Gering- oder Durchschnittsverdiener entstehen. Gegen den Ausverkauf der LBBW-Wohnungen ist Gegenwehr angesagt. ■ |col|



Ihr macht alles kaputt - uns nicht!

Die Bahn AG kann Bäume fällen und den Südflügel abreißen, aber an unserem Widerstand wird sie sich die Zähne ausbeißen. Wir werden nicht wegschauen, wie die Bahn AG gegen Recht und Verstand verstößt. Wir werden die politisch Verantwortlichen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Wir werden immer wieder kommen, um unsere Finger in die offenen Wunden des Tunnelwahnsinns zu legen. Wir spüren, dass wir gar nicht anders können als unsere Heimat vor denjenigen zu schützen, die sinnlos unsere Zukunft verbauen wollen. Unsere Vorstellung von Zukunft braucht kein Milliardengrab oder Immobilienspekulationsprojekte. Wir brauchen kein höher, schneller, weiter und mehr - Gerede, von dem die Reichen nur immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir wissen, dass alternativlos nur ein Wort ist, das rechtfertigen soll, dass die politischen Eliten keine eigenen Idee mehr haben, außer unsere Welt finanziell und ökologisch an die Wand zu fahren.

Es wird behauptet, die Mehrheit der Bürger wolle diese Zerstörung, legitimiert durch die Volksabstimmung. Das ist nicht wahr. Denn wir glauben nicht, dass die BürgerInnen dieser Stadt wollen,

- dass die Keimzelle der Stadt zwischen Schloss und Mittlerem Schlossgarten, zwischen Weinbergen und Uhlandshöhe, wo die Schichten unserer Geschichte übereinander liegen, zerstört wird.
- dass der Hauptbahnhof, eines der wenigen Kulturdenkmale und ein international anerkanntes Wahrzeichen, verstümmelt wird.
- dass man den Bahnhof seiner Flügelbauten beraubt, und ihn wie eine vergrößerte S-Bahnstation in den Untergrund drückt.
- dass die großzügigen, königlichen

Parkanlagen an der empfindlichsten Stelle quer zum Tal aufgeschlitzt, durch eine baumlose Mondlandschaft mit riesigen Glubschaugen und durch Fällung hunderter alter historischer Bäume zerstört werden.

- dass die Lebensadern durch massive Eingriffe in die Ökologie gefährdet werden, dass die Kaltluftströme ausbleiben, die Mineralquellen versiegen, die Grundwasserströme trocken fallen und die gesamte Innenstadt gefährden.
- dass eine trostlose „neue City“ unsere alte Innenstadt-City kalt stellt.
- dass wir unseren Kindern und Enkeln außer einer jahrzehntelangen hässlichen Baustelle dieses Zeugnis technokratischer Rücksichtslosigkeit und kultureller Barbarei hinterlassen.

Wir aber haben Ideen und Alternativen. Wir wollen Kooperation statt Konkurrenz unter allen. Wir teilen eine gemeinsame Vision einer solidarischen und ökologischen Entwicklung unserer Stadt und unseres Landes, die allen Menschen nutzt und unserer Erde nicht schadet.

Wir erwarten von einer Demokratie mehr als abstimmen oder wählen zu dürfen. Wir träumen von einer Zukunft, die mit den Menschen in einem Lernprozess entwickelt wird, statt gegen sie. Gelassen ertragen wir die Häme und die Diffamierungen, denen wir ausgesetzt sind, denn wir wissen, unsere Argumente sind richtig. Wir haben nur noch Verachtung für diese kapitalistischen Eliten, die global die Existenz der Welt gefährden und als lokale Provinzpolitiker wie Marionetten desselben Kapitals funktionieren. Unsere Stimmen für einen Bahnhof mit Vernunft werden nicht verstummen. Wir wissen, dass wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen müssen. Wir haben erlebt, welche Kraft wir haben, wenn unsere Vielfalt Nährboden für eigene Gedanken und neue Organisationsformen wird. Wir werden der Bahn und den politischen Eliten nicht den Gefallen tun, uns auseinander dividieren zu lassen. Wir werden zusammen bleiben. Ihr könnt den Bahnhof zerstören – aber nicht unsere Gedanken und unseren Willen. Wir werden oben bleiben! ■ |hr, red|

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
V.i.S.d.P. Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial) und DIE LINKE. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Maria-Lina Kotelmann, Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Ulrike Küstler und Tom Adler. Um den Frak-

tionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktion gebildet.

Fotos: ddp images GmbH, Thomas Iglar/fluegel.tv, Antonio Landsberger, Alexander Schäfer

Druck: UWS Papier & Druck GmbH


Fraktionsgemeinschaft